

aktuelle analysen

58

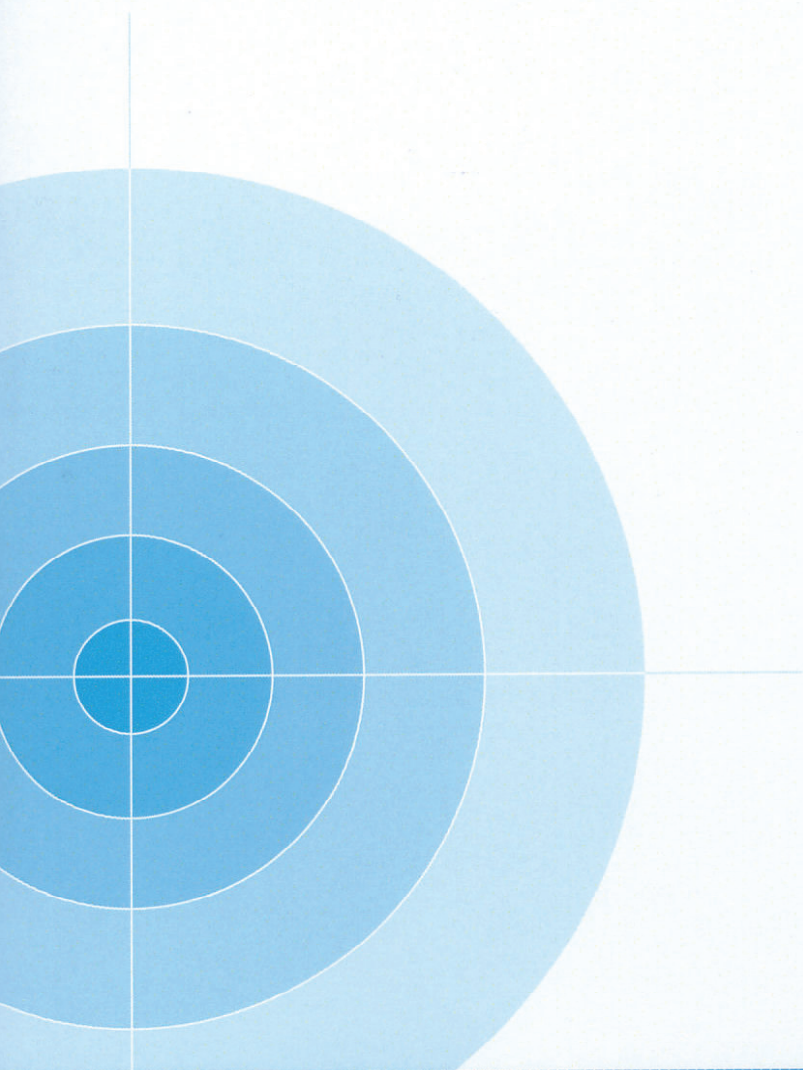
 Hanns
Seidel
Stiftung

Akademie für
Politik und
Zeitgeschehen

Isabelle Kürschner/Jasmin Siri

POLITIK MIT „KIND UND KEGEL“

Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik
bei Bundestagsabgeordneten



Isabelle Kürschner / Jasmin Siri

POLITIK MIT „KIND UND KEGEL“

Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik
bei Bundestagsabgeordneten

Impressum

| | |
|--|---|
| ISBN | 978-3-88795-395-9 |
| Herausgeber | Copyright 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , online: www.hss.de |
| Vorsitzender | Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h. |
| Hauptgeschäftsführer | Dr. Peter Witterauf |
| Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen | Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser |
| Leiter PRÖ / Publikationen | Hubertus Klingsbögl |
| Autoren | Dr. Isabelle Kürschner / Jasmin Siri |
| Redaktion | Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin) |
| Druck | Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München |

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----|---|----|
| 1. | Einleitung | 5 |
| 2. | Zugang zum Thema | 6 |
| | Aufbau der Studie und Methode | 9 |
| 3. | Soziodemographische Merkmale der Bundestagsabgeordneten | 10 |
| | Alter und Geschlecht | 10 |
| | Familienstand | 10 |
| | Elternschaft | 12 |
| 4. | Politik mit „Kind und Kegel“: Auswertung der qualitativen Daten | 15 |
| 5. | Wie lassen sich Berufspolitik und Elternschaft vereinbaren? | 16 |
| | Abgeordnete zwischen Hauptstadt und Wahlkreis | 16 |
| | Wer versorgt den Nachwuchs? | 18 |
| | Freiräume schaffen: Der Sonntag gehört der Familie | 21 |
| | Denken Sie doch mal an Ihr Kind! Sind Politikerinnen „Rabenmütter“? | 23 |
| | Hand aufs Herz: Wie kinderfreundlich ist Ihr Job? | 28 |
| 6. | Fazit und Ausblick | 31 |
| | Literatur / Zeitungsartikel / Anmerkungen..... | 34 |

Politik mit „Kind und Kegel“

Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten

Isabelle Kürschner / Jasmin Siri

1. Einleitung

413 Abgeordnete im Deutschen Bundestag haben ein Kind oder mehrere, darunter 288 Väter und 125 Mütter. Die meisten Kinder, nämlich sieben, hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, ihr jüngstes Kind ist elf Jahre alt. Damit gehört von der Leyen einer seltenen Spezies an, denn deutsche Politikerinnen mit kleinen Kindern sind eine Rarität. Im Bundestag sitzen 27 Frauen, die 40 Jahre alt sind oder jünger, nur zehn von ihnen haben Kinder. Auch bei den unter 50-Jährigen hat nur knapp die Hälfte Kinder. Im Durchschnitt hat jede weibliche Bundestagsabgeordnete 1,22 Kinder – das ist noch weniger als der im internationalen Vergleich ohnehin schon sehr geringe deutsche Durchschnitt von 1,36 Kindern pro Frau. Daraus lässt sich als Ausgangslage für die vorliegende Studie die Hypothese ableiten, dass es für Politikerinnen besonders schwer ist, Beruf und Familie zu vereinbaren. Auch wenn sich die Öffentlichkeit längst an Frauen im Parlament gewöhnt hat, sind sie immer noch in der Minderheit. Ingrid Reichart-Dreyer (2007) hat gezeigt, wie lang und steinig der Weg zwischen Übernahme des ersten Ministeramtes durch eine Frau im Jahre 1961 und der ersten Bundeskanzlerin war. Alle Frauen, so Reichart-Dreyer, „mussten Mitsprache in Spitzenämtern erstreiten“ (Reichart-Dreyer, 2007). Unter der „Minderheit“ Frauen stellen junge Mütter mithin eine Minderheit in der Minderheit dar. Dieser Sachverhalt soll im Folgenden näher betrachtet werden.

Dass es in Deutschland für Frauen nach wie vor nicht leicht ist, Familie und Karriere zu vereinbaren, belegen zahlreiche Medienberichte¹, Studien² und auch die öffentliche Debatte. Wenig bekannt ist hingegen die Situation von Politikerinnen, die Kinder haben.³ In einer der wenigen Untersuchungen kommt Joanna McKay (2011) zu dem Schluss, dass es für Parlamentarierinnen besonders schwer ist, Familie und Beruf zu vereinbaren. Dies trifft vor allem in Deutschland zu, wie internationale Vergleichsstudien belegen. Auch in der öffentlichen Wahrnehmung zeigt sich, dass es bei uns, verglichen mit anderen Ländern, noch Nachholbedarf gibt. Während beispielsweise der „Auftritt“ der FDP-Abgeordneten Judith Skudelny mit ihrem Baby im Plenarsaal des Deutschen Bundestages vor allem kritische Stimmen hervorrief,⁴ löste es großen Jubel und langanhaltenden Applaus aus, als die amerikanische Kongressabgeordnete Linda Sanchez ihr Neugeborenes den Kollegen des Repräsentantenhauses vorstellte.⁵ Es scheint also, dass der Umgang mit Müttern in der Politik in Deutschland ein

gewisses Unbehagen auslöst und somit zu einer Spannung zwischen Familie und Politik als Beruf zu führen scheint. Bestätigt wurde dies auch durch die Erfahrung während der Erhebungen für diese Studie: Viele Abgeordnete lehnten es ab, einen Fragebogen auszufüllen oder antworteten gar nicht auf die entsprechende Anfrage und manche geben weder im Volkshandbuch des Deutschen Bundestages noch auf ihrer Homepage an, ob sie Kinder haben.

In den letzten Wochen und Monaten scheint sich jedoch – zumindest ansatzweise – ein Wandel vollzogen zu haben. Ausgelöst durch die Schwangerschaft von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) und die Geburt des ersten Kindes von SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles hat sich das Thema „Mütter in der Politik“ in den vergangenen Monaten größerer Aufmerksamkeit erfreut als je zuvor. Somit lagen erstmals Medienberichte vor, die die Grundlage für eine eingehende Analyse bildeten.⁶ Ergänzt durch sozio-demographische Daten der Bundestagsabgeordneten und persönliche Interviews mit Abgeordneten gibt diese Studie einen Einblick in die Situation von Abgeordneten, die Familie und Beruf(spolitik) miteinander vereinbaren. Auf den ersten Blick scheinen die Ergebnisse ernüchternd: Obwohl alle Parteien familienfreundliche Arbeitsplätze fordern, scheint die Politik als Beruf es Eltern – ob nun Männern oder Frauen – besonders schwer zu machen, ihr Familienleben zu pflegen. Ob dies tatsächlich so ist und wo die Ursachen dafür liegen, soll in der vorliegenden Studie untersucht werden.

2. Zugang zum Thema

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gilt in Deutschland nach wie vor als eines der größten Karrierehindernisse für Frauen. Eine Studie des New Yorker Think Tank Centers for Work-Life Policy, die im Harvard Business Manager veröffentlicht ist, belegt, dass „Kinder und Karriere in Deutschland nach wie vor schlecht zusammen“⁷ passen. Auch eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2008 zeigt, dass Deutschland „bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen ... im internationalen Vergleich weit zurück[liegt] – aber nicht, weil Frauen hierzulande nicht arbeiten gehen wollen. Im Gegenteil: Gerade junge Eltern wünschen sich eine Berufstätigkeit für die Mutter, vom Teilzeitjob bis zur vollen Stelle. Doch die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind dafür wenig günstig.“⁸

Diese Ausgangslage gilt auch für Politikerinnen. Laut Abkömmlichkeitsthese⁹ (Hoecker 1987) fehlt Frauen aufgrund ihrer traditionellen Zuständigkeit für den häuslichen und familiären Bereich meist die Zeit für eine politische Karriere. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie zu Beginn ihres (meist ehrenamtlichen) politischen Engagements noch einen Beruf ausüben, sich also einer Dreifachbelastung von Familie, Beruf und Politik ausgesetzt sehen. Tatsächlich sehen empirische Studien eine der größten Herausforderungen, mit denen sich Frauen im politischen Umfeld auseinandersetzen müssen, in der zeitlichen Beanspruchung

durch ein politisches Amt oder Mandat. Denn anders als Männer, die sich ihrem Beruf zuliebe häufig bereit erklären, die „Zeit für Familie und Privates auf ein Minimum zu reduzieren“ (Helgesen 1990: S. 27) und dafür ein „hohes Maß an geistiger Isolation“ (ebd.) in Kauf zu nehmen, beanspruchen Frauen „Zeit für Aktivitäten, die nicht in direktem Zusammenhang mit ihrer Arbeit“ (ebd.) stehen, weil sie nicht bereit sind, ihr Familienleben oder außerberufliche Interessen vollkommen verkümmern zu lassen.¹⁰ Studien zu Politikerinnen in Deutschland zeigen, dass Überlegungen, Zeit- und Arbeitsstress wirksam zu reduzieren und „gelegentlich freie Abende und freie Wochenenden zur eigenen Regeneration“ (Schaeffer-Hegel 1995: S. 24) durchzusetzen, immer wieder geäußert werden, während sich die Politikerinnen andererseits dem Druck beugen, nach außen hin einen „souveränen Umgang mit Zeit“ (ebd.) zu demonstrieren.

Auch Birgit Meyer kommt zu dem Ergebnis, dass eines „der größten Handicaps für eine politische Karriere von Frauen ... nach wie vor die mangelnde Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik“ (Meyer 1998: S. 46) darstellt, die sich aus der hohen zeitlichen Belastung ergibt. Während für männliche Abgeordnete eine Familie eher förderlich wirkt, da sie einerseits Raum zum Rückzug bietet und andererseits eine gewisse Stabilität nach außen hin repräsentiert, stellt sie für Frauen eine „hohe Barriere in ihren Zugangschancen zu den Bereichen Politik und Öffentlichkeit“ (ebd.) dar. Doch versuchten die Frauen aus Meyers Studie auch aus der Verbindung von Beruf, Familie und Politik „die Inspiration und Phantasie für neue Lösungen zu schöpfen“ (ebd.). Zu diesem Schluss kommt auch Brigitte Geißel, die daraus folgernd fordert, die „Mehrfachbelastung“ von Politikerinnen „keineswegs nur als Handicap, sondern auch als Chance zu verstehen“ (Geißel 2000: S. 1), da die Orientierung auf mehrere Lebensbereiche vielfältige Innovationspotenziale für Politik und Gesellschaft birgt. Durch die Besonderheiten weiblicher Biographien, die gleichzeitig oder phasenweise verschiedene Lebensbereiche abdecken, befinden sich Frauen in einem „Spannungsfeld zwischen subjektiver Handlungsautonomie und objektiven Einschränkungen“ (ebd.) mit vielfältigen Optionen, Möglichkeiten, aber auch Zwängen. Dies wiederum spiegelt die Lebenskontexte und damit die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in größerem Umfang als die bloße Fixierung auf das Politische. Da die Politik nicht ihren alleinigen Lebensinhalt darstellt, fühlen sich die von Geißel untersuchten Frauen auch unabhängiger von der Partei und geschützt „vor einer angepassten Profillosigkeit und vor der Sucht nach Positionen und Ämtern“ (ebd.). So zieht auch Barbara Schaeffer-Hegel in ihrer Studie über die Berliner Senatorinnen die Bilanz, dass die „Verankerung in berufsfremden Bezügen, d. h. auch die Verantwortung für Kinder, ... vor der Entwicklung zur allseitig reduzierten, auf Karrieredienlichkeiten abgerichteten Persönlichkeit“ (Schaeffer-Hegel 1995: S. 27) schützt.

Bei allen positiven Aspekten ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass nur eine bestimmte Gruppe von Frauen Vorteile aus der „Mehrfachorientierung“ ziehen kann. Die damit einhergehende Arbeitsbelastung können nur diejenigen gut bewältigen, die Unterstützung aus dem familiären Umfeld erhalten oder in der Lage sind, Teile der Haus- und Familienarbeit

auf bezahlte Hilfskräfte zu übertragen. Darüber hinaus bedarf es eines Signals der Parteien, dass sie die in politikfernen Bereichen erworbenen Fähigkeiten schätzen und daraus folgend einen Bedarf an „mehrfachorientierten“ Personen erkennen lassen, der politische Aufstiegschancen und Erfolge in Aussicht stellt. Babette Claas fordert im Resümee ihrer Arbeit über die Umsetzung rechtlicher Rahmenbedingungen für eine bessere Repräsentanz von Frauen in der Politik, dass zugunsten von Frauen für den Zugang zur Politik und den politischen Aufstieg andere Maßstäbe zu schaffen sind. Nicht allein die langjährige Bewährung in der Partei, sondern Erfahrungen aus der Lebenswirklichkeit und der Familienarbeit sollten künftig über Ein- und Aufstiegschancen entscheiden (Claas 2000: S. 318). Derartige Veränderungen lassen sich in der Politik jedoch bislang nicht erkennen; noch immer orientieren sich politische Karrieren, verstanden als eine „besonders intensive Form politischer Partizipation“ (Herzog 1982: S. 318), an der männlich geprägten, ununterbrochenen Parteilaufbahn. In Deutschland gilt die „Ochsentour“ als typischer Aufstiegsweg (ebd.), der für gewöhnlich in den Basisorganisationen der Partei beginnt. Empirische Ergebnisse bestätigen, dass der langsame Aufstieg gerade auf Frauen oft wenig Anziehungskraft ausübt und viele vor einer politischen Karriere zurückschrecken lässt.¹¹ Doch trägt er auch dazu bei, die Parteiorganisation und -struktur kennenzulernen, sich die parteiinternen Spielregeln anzueignen und Netzwerke zu knüpfen.¹² Wichtig für den Karriereerfolg, die „carrièrisation“¹³, ist die kontinuierliche Weiterverfolgung der Karriere, auch wenn sich in einzelnen Positionen lange Wartezeiten ergeben. Wer aus dem Prozess ausscheidet, hat häufig keine Möglichkeit mehr zur Rückkehr. Somit sind Frauen aufgrund ihrer Mehrfachbelastung und der damit zeitlichen Eingeschränktheit nach wie vor deutlich im Nachteil. Denn auch aktuelle empirische Studien belegen, dass Frauen noch immer wenig Unterstützung von ihren Lebenspartnern bei der Familienarbeit erhalten. 77 % der deutschen Frauen beklagen in der Vorwerk Familienstudie 2007 (Institut für Demoskopie Allensbach 2007: S. 24), dass ihre Partner „den kleineren Teil“ (ebd.) oder „kaum etwas, nichts“ (ebd.) zur Erziehung und Betreuung ihrer Kinder beitragen und immerhin 74 % der Männer bestätigen diese Einschätzung. Diese Arbeitsteilung lässt wenig zeitlichen Spielraum für politische Aktivitäten.

Letztendlich zeigen empirische Untersuchungen über Berufspolitikerinnen, dass jene entweder „ihre Kinder nicht selbst großgezogen“ (Kahlweit 1994: S. 56) haben, also in der Lage waren, eine externe Betreuung zu organisieren oder den Schritt in die Politik erst wagten, als die Kinder „aus dem Größten heraus“ (Meyer 1998: S. 132) waren oder von vorneherein kinderlos geblieben sind (Schaeffer-Hegel 1995: S. 28). Somit hat die Abkömmlichkeits- these bis heute kaum an Relevanz verloren, sondern stellt immer noch einen der häufigsten Gründe für das Fernbleiben der Frauen aus der Politik dar.

Kurz erwähnt sei an dieser Stelle, dass nach der Isolationsthese (Hoecker 1987: S. 20 ff.) Frauen während der Familienphase als Mütter und Hausfrauen isoliert sind. Ihnen fehlen häufig die notwendigen Netzwerke, denn gerade die im Berufsalltag entstehenden Beziehungen werden als wichtige Grundlagen für ein erfolgreiches Agieren im politischen Geschäft

betrachtet. Dietrich Herzog, dessen Untersuchungen zu Politikerkarrieren nach wie vor den Forschungsbereich dominieren, sieht unter anderem die Politiknähe und die Art der ausgeübten Tätigkeit bei der Rekrutierung politischer Nachwuchskräfte als Bedingung, „ob jemand die Chance hat, in politische oder gesellschaftliche Spitzenpositionen aufzusteigen“. (Herzog 1982: S. 78) Des Weiteren gelangt Mechthild Fülles (1969: S. 19) zu dem Schluss, dass durch die Zusammenkunft mit Kollegen auf verschiedenen Ebenen oder das Entgegennehmen und Erteilen von Aufträgen wichtige, in erster Linie kommunikative Fähigkeiten vermittelt und eingeübt werden. Bleiben einer Frau diese Erfahrungen jedoch vorenthalten, kann sie sich auch keine Führungseigenschaften aneignen. So fehlen oder verkümmern Routine, Redegewandtheit und vor allem Selbstbewusstsein – wichtige Voraussetzungen, um sich im politischen Alltag behaupten zu können. Hinzu kommt der geschlechterspezifische Unterschied in der Gestaltung persönlicher Beziehungen. Während Männer stark auf ein Netzwerk aus politischen Freunden achten, scheinen weibliche Abgeordnete weniger Wert auf die Vernetzung unter Frauen zu legen. „Auf der Seite männlicher Abgeordneter sind nach wie vor männerbündische Formen zu entdecken, die sich zumeist aus der Art und Weise gemeinsamer Aktivitäten ergeben (z. B. Kneipenbesuche, Saunabesuche, Fußballmannschaften).“ Es scheint angesichts dieser Lage nicht erstaunlich, dass Entscheider in Parteien mitunter darauf hinweisen, bei aller Bereitschaft zur Frauenförderung keine Kandidatin für einen Listenplatz oder ein Gremium zu finden“ (Leuscher 2006: S. 15).

Aufbau der Studie und Methode

Die folgende Auswertung bezieht sich sowohl auf Sekundärdaten als auch auf eine Vollerhebung in Form einer Online-Befragung aller Abgeordneten des Deutschen Bundestags, an der 69 Abgeordnete teilgenommen haben. Zudem wurden (sechs) Interviews mit weiblichen Abgeordneten¹⁴ geführt, die mittels eines qualitativen Auswertungsverfahrens analysiert wurden. Als weiteres Material gingen massenmediale Dokumente wie Zeitungsartikel¹⁵ und Internetseiten¹⁶ in die Analyse ein. Der Vorteil einer solchen breiten Untersuchungsanlage besteht in der gleichzeitigen Berücksichtigung großer Trends, die sich im statistischen Datenmaterial abzeichnen, und der subjektiven Erzählung von Interviewpartnern, die stärker in die Tiefe geht. Wir werden nun die einzelnen Teile der Studie nacheinander vorstellen und die Ergebnisse kommentieren.

3. Soziodemographische Merkmale der Bundestagsabgeordneten

Während bisherige Studien (Deutsch & Schüttemeyer 2003, Herzog 1975 & 1982, Kintz 2010, Patzelt 1995) in erster Linie die Berufsstruktur der Abgeordneten analysiert haben, stehen hier die soziodemographischen Merkmale – Geschlecht, Alter, Familienstand sowie Elternschaft – der Abgeordneten, die dem Deutschen Bundestag in der 17. Wahlperiode angehören, im Vordergrund. Diese Merkmale sind für den weiteren Verlauf der Untersuchung von besonderer Relevanz.

Alter und Geschlecht

Dem Deutschen Bundestag gehören 204 Frauen und 416 Männer an, das entspricht einem Frauenanteil von 32,9 %. Was das Durchschnittsalter betrifft, unterscheiden sich die Geschlechter kaum: Weibliche Abgeordnete sind im Schnitt 49,2 Jahre alt, männliche 49,4 Jahre. Sowohl der älteste als auch der jüngste Abgeordnete ist jeweils ein Mann, der älteste, Jahrgang 1935, ist Mitglied der CDU/CSU-Fraktion und der jüngste, Jahrgang 1986, gehört der FDP-Fraktion an. Hier fällt ein deutlicher Fortschritt bei der Verteilung der Geschlechter auf: Während unter den zehn ältesten Abgeordneten nur eine einzige Frau vertreten ist, sind es bei den zehn jüngsten Abgeordneten sechs Männer und vier Frauen. Betrachtet man Alter und Geschlecht nach Parteizugehörigkeit, ergibt sich folgendes Bild: Die im Durchschnitt ältesten Abgeordneten hat die SPD-Fraktion mit einem Durchschnittsalter von 51,7 Jahren, gefolgt von der CDU/CSU-Fraktion mit 49,5 Jahren, der Linken mit 48,6 Jahren und der FDP mit 47,6 Jahren. Die jüngste Fraktion bilden Bündnis 90 / Die Grünen mit einem Durchschnittsalter von 46,7 Jahren. Die wenigsten Frauen gibt es mit 20 % in der CDU/CSU-Fraktion, gefolgt von der FDP mit 25 % Frauenanteil und der SPD mit 38 %. Bei den Grünen gibt es mit 54 % Frauenanteil mehr weibliche als männliche Abgeordnete, ebenso bei der Linken mit 53 %.

Familienstand

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, sind zwei Drittel der Abgeordneten verheiratet, während sich ein weiteres Drittel auf die Kategorien ledig, verwitwet oder geschieden verteilt. Bei Letzterem nimmt der Anteil der Ledigen mit 22 % den höchsten Wert ein, gefolgt von den Geschiedenen mit 5 % und den Verwitweten mit 1 %. 3 % der Abgeordneten machen beim Familienstand keine Angaben. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen weiblichen und männlichen Abgeordneten. Während fast drei Viertel der Männer (73 %) verheiratet sind, ist dies nur gut die Hälfte der Frauen (56 %). Weibliche Abgeordnete sind häufiger ledig (25 %) als ihre männlichen Kollegen (20 %) und auffällig häufiger geschieden (Frauen 11 %, Männer 2 %). Nach Parteien unterteilt (Tabelle 2) ergibt sich beim Familienstand folgendes Bild: Am häu-

figsten verheiratet sind die männlichen Abgeordneten der CSU (84 %), am seltensten die weiblichen Abgeordneten der Linken (43 %). Die höchste Scheidungsrate findet man bei den SPD-Frauen mit 20 %, während bei CSU und Bündnis 90 / Die Grünen kein einziger Parlamentarier geschieden ist.

Tabelle 1: Familienstand nach Geschlecht

| Familienstand | Gesamt 620 | in % | Frauen 204 | in % | Männer 416 | in % |
|---------------|---------------|------|---------------|------|---------------|-------|
| Ledig | 133 | 22 % | 51 | 25 % | 82 | 20 % |
| Verheiratet | 419 | 67% | 114 | 56% | 305 | 73 % |
| Geschieden | 30 | 5 % | 22 | 11 % | 8 | 2 % |
| Verwitwet | 5 | 1 % | 3 | 1 % | 2 | 0,5 % |
| Sonstiges | 14 | 2 % | 5 | 2 % | 9 | 2 % |
| k. A. | 19 | 3 % | 9 | 5 % | 10 | 2 % |

Quelle: Eigene Berechnung nach Kürschners Volkshandbuch 17. Wahlperiode

Tabelle 2: Familienstand nach Geschlecht und Partei

| Partei | CDU | | CSU | | FDP | | SPD | | Grüne | | Linke | |
|---------------|-------------|------------|------------|-----------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| | M | F | M | F | M | F | M | F | M | F | M | F |
| | 154 | 40 | 38 | 6 | 69 | 24 | 90 | 56 | 31 | 37 | 34 | 42 |
| Ledig | 24 15 % | 8 20 % | 6 16 % | 1 17 % | 19 27 % | 3 13 % | 17 19 % | 18 32 % | 8 26 % | 10 27 % | 8 24 % | 12 29 % |
| Verheiratet | 124 80 % | 26 65 % | 32 84 % | 5 83 % | 44 64 % | 18 75 % | 64 71 % | 24 43 % | 18 58 % | 23 62 % | 23 68 % | 18 43 % |
| Geschieden | 2 1 % | 5 13 % | 0 | 0 | 2 3 % | 1 4 % | 3 3 % | 11 20 % | 0 | 0 | 2 6 % | 5 12 % |
| Lebenspartner | 1 0,5 % | 0 | 0 | 0 | 2 3 % | 0 | 0 | 0 | 2 6 % | 1 3 % | 1 3 % | 2 5 % |
| verwitwet | 1 0,5 % | 0 | 0 | 0 | 1 1 % | 2 8 % | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 1 2 % |
| k. A. | 2 1 % | 1 3 % | 0 | 0 | 1 1 % | 0 | 6 7 % | 3 5 % | 1 3 % | 3 8 % | 0 | 4 10 % |

Quelle: Eigene Berechnung nach Kürschners Volkshandbuch 17. Wahlperiode

Elternschaft

Fast ein Drittel (32 %) aller Abgeordneten ist kinderlos (Tabelle 3), wobei sich dieser Anteil relativ gleichmäßig zwischen den Geschlechtern verteilt. Frauen sind mit 35 % etwas häufiger kinderlos als Männer mit 30 %. Größere Unterschiede gibt es bei der Anzahl von Kindern männlicher und weiblicher Abgeordneten: Während Männer im Schnitt 1,63 Kinder haben, kommen Frauen im Schnitt auf 1,22 Kinder. Dazu trägt bei, dass männliche MdBs sehr oft (26,5 %) in kinderreichen Familien mit drei und mehr Kindern leben, weibliche MdBs hingegen deutlich seltener (11,5 %). Die Mehrheit der Abgeordneten, die Kinder haben (27 %) – sowohl Männer als auch Frauen, haben zwei Kinder.

Tabelle 3: Elternschaft nach Geschlecht

| Kinderzahl | Gesamt 620 | in % | Frauen 204 | in % | Männer 416 | in % |
|------------|------------|-------|------------|-------|------------|-------|
| 0 | 196 | 32 % | 72 | 35 % | 124 | 30 % |
| 1 | 106 | 17 % | 40 | 20 % | 67 | 16 % |
| 2 | 170 | 27 % | 60 | 29 % | 109 | 26 % |
| 3 | 83 | 13 % | 19 | 9 % | 64 | 15 % |
| 4 | 44 | 7 % | 5 | 2 % | 39 | 9 % |
| 5 | 7 | 1 % | 0 | 0 | 7 | 2 % |
| 6 | 2 | 0,3 % | 0 | 0 | 2 | 0,5 % |
| 7 | 1 | 0,2 % | 1 | 0,5 % | 0 | 0 |
| k. A. | 10 | 2 % | 7 | 4 % | 4 | 1 % |

Quelle: Eigene Berechnung nach Kürschners Volkshandbuch 17. Wahlperiode

Untersucht man die Elternschaft der Bundestagsabgeordneten nach Altersgruppen (Tabelle 4), ergibt sich folgendes Bild: Die meisten Kinderlosen gibt es in der Gruppe der unter 40-Jährigen, zu der allerdings auch sehr junge Abgeordnete gehören. In dieser Altersgruppe sind mehr Männer als Frauen kinderlos. Die meisten Kinder gibt es in der Gruppe der über 50-Jährigen, wobei selbst hier noch ein Viertel (25 %) der Frauen kinderlos ist, aber nur 15 % der Männer.

Tabelle 4: Elternschaft nach Altersgruppe und Geschlecht

Männer:

| Kinderzahl | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | k. A. |
|------------|----|----|----|----|----|---|---|-------|
| Ü-50 | 37 | 33 | 80 | 52 | 32 | 5 | 1 | 2 |
| U-50 | 90 | 35 | 34 | 13 | 10 | 3 | 1 | 2 |
| U-40 | 56 | 14 | 8 | 2 | 0 | 0 | 0 | 1 |

Frauen:

| Kinderzahl | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 7 | k. A. |
|------------|----|----|----|----|---|---|---|-------|
| Ü-50 | 31 | 26 | 45 | 14 | 3 | 0 | 1 | 6 |
| U-50 | 43 | 17 | 17 | 6 | 3 | 0 | 0 | 2 |
| U-40 | 17 | 4 | 5 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |

Quelle: Eigene Berechnung nach Kürschners Volkshandbuch 17. Wahlperiode

Auch bei der Elternschaft lohnt sich ein vergleichender Blick nach Parteizugehörigkeit. Die meisten Kinder pro Abgeordnete/r finden sich in der CSU-Landesgruppe, mit durchschnittlich 2,1 Kindern pro Parlamentarier. Die wenigsten gibt es hingegen in der Linksfraktion; nur 1,1 Kinder haben die Linken im Schnitt. CDU und Bündnis 90 / Die Grünen kommen jeweils auf 1,8 Kinder, FDP und SPD auf 1,3. Berücksichtigt man hierauf aufbauend auch die Geschlechtszugehörigkeit der Abgeordneten, so haben Grüne-Männer mit 2,5 die meisten Kinder und CSU-Frauen mit 1,8 Kindern. Die wenigsten Kinder haben Linke-Frauen mit 0,9 und Linke-Männer mit 1,2 Kindern im Schnitt. In der FDP haben Männer und Frauen durchschnittlich jeweils nur 1,3 Kinder.

Tabelle 5: Kinderzahl im Durchschnitt nach Geschlecht und Partei

| | CDU | CSU | FDP | SPD | Grüne | Linke |
|--------|-----|-----|-----|-----|-------|-------|
| Gesamt | 1,8 | 2,1 | 1,3 | 1,3 | 1,8 | 1,1 |
| Männer | 1,9 | 2,1 | 1,3 | 1,5 | 2,5 | 1,2 |
| Frauen | 1,3 | 1,8 | 1,3 | 1,2 | 1,2 | 0,9 |

Quelle: Eigene Berechnung nach Kürschners Volkshandbuch 17. Wahlperiode

Während bei CDU-Frauen, FDP-Männern, SPD-Männern und -Frauen, Grünen-Männern und -Frauen und Linken-Frauen die Gruppe der Kinderlosen die größte ist, haben die meisten CDU-Männer, CSU-Männer und -Frauen und FDP-Frauen zwei Kinder. Vergleicht man die Frauen untereinander, sind CSU-Frauen am seltensten kinderlos (17 %) und Grüne-Frauen (41 %) am häufigsten. Bei den Männern sind ebenfalls die CSU-Männer am seltensten kinderlos (21 %), am häufigsten hingegen die FDP-Männer (42 %). Am kinderreichsten sind CDU- und CSU-Männer, von denen jeweils über ein Drittel mehr als drei Kinder hat.

Tabelle 6: Kinderzahl absolut nach Geschlecht und Partei

| Partei | CDU | | CSU | | FDP | | SPD | | Grüne | | Linke | |
|----------|------------|------------|------------|-----------|------------|-----------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| | M | F | M | F | M | F | M | F | M | F | M | F |
| | 154 | 40 | 38 | 6 | 69 | 24 | 90 | 56 | 31 | 37 | 34 | 42 |
| 0 Kinder | 36 23 % | 14 35 % | 8 21 % | 1 17 % | 29 42 % | 6 25 % | 29 32 % | 22 39 % | 11 35 % | 15 41 % | 11 32 % | 14 33 % |
| 1 Kind | 22 14 % | 8 20 % | 3 8 % | 0 | 12 17 % | 7 29 % | 17 19 % | 10 18 % | 6 19 % | 6 16 % | 6 18 % | 9 21 % |
| 2 Kinder | 41 27 % | 9 23 % | 14 37 % | 4 67 % | 11 16 % | 8 33 % | 22 24 % | 15 27 % | 8 26 % | 12 32 % | 14 41 % | 12 29 % |
| 3 Kinder | 31 20 % | 5 13 % | 5 13 % | 1 17 % | 14 20 % | 3 13 % | 8 9 % | 6 11 % | 3 10 % | 2 5 % | 3 9 % | 2 5 % |
| 4 Kinder | 21 14 % | 1 3 % | 6 16 % | 0 | 2 3 % | 0 | 9 10 % | 2 4 % | 1 3 % | 2 5 % | 0 | 0 |
| 5 Kinder | 3 2 % | 0 | 1 3 % | 0 | 0 | 0 | 2 2 % | 0 | 1 3 % | 0 | 0 | 0 |
| 6 Kinder | 0 | 0 | 1 3 % | 0 | 1 1 % | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 7 Kinder | 0 | 1 3 % | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| k. A. | 0 | 2 5 % | 0 | 0 | 0 | 0 | 3 3 % | 1 2 % | 1 3 % | 0 | 0 | 5 12 % |

Quelle: Eigene Berechnung nach Kürschners Volkshandbuch 17. Wahlperiode

4. Politik mit „Kind und Kegel“: Auswertung der qualitativen Daten

Haben Bundestagsabgeordnete Kinder? Diese Frage lässt sich zunächst mit einem klaren Ja beantworten: Bundestagsabgeordnete haben Kinder. Allerdings unterscheiden sie sich, was die Anzahl der Kinder, die Verteilung auf die Geschlechter und das Lebensalter betrifft, zum Teil sehr deutlich.

Aus den Angaben über die Abgeordneten aus Kürschners Volkshandbuch geht hervor, dass zwei Drittel der Abgeordneten Kinder haben und analog dazu ein Drittel kinderlos ist. Im Deutschen Bundestag sitzen demzufolge 288 Väter (70 % aller männlichen Abgeordneten) und 125 Mütter (65 % aller weiblichen Abgeordneten). Die zur Verfügung stehenden Informationen lassen jedoch keine Schlussfolgerungen darauf zu, wie alt und wie betreuungsbedürftig die Kinder sind. Diese können deshalb nur aus der Altersstatistik der Abgeordneten gezogen werden. So wird beispielsweise angenommen, dass die Gruppe der 30- bis 40-Jährigen am ehesten Kinder im betreuungsbedürftigen Alter hat.¹⁷ 99 Abgeordnete gehören den Jahrgängen 1981-1971 an und fallen damit in diese Kategorie. Von diesen 99 Personen (75 Männer und 24 Frauen) haben insgesamt 34 Kinder (34 %). Dabei fällt auf, dass die Frauen in dieser Altersgruppe deutlich mehr Kinder haben (42 %) als die Männer (32 %). Betrachtet man jedoch die 40- bis 50-Jährigen, verschiebt sich dieses Verhältnis wieder: Hier haben insgesamt 64 % der Abgeordneten Kinder, darunter deutlich mehr Männer (68 %) als Frauen (57 %).

Aus diesen Zahlen lässt sich die Tendenz ablesen, dass bei den jüngsten Abgeordneten Frauen häufiger Kinder haben als Männer, was sicherlich auch dem engeren biologischen Zeitfenster geschuldet ist, in dem Frauen Kinder bekommen können. Interessant ist hier die Aussage einer Abgeordneten:

„Ich wollte nie wegen meines Mandates auf Kinder verzichten. Ich würde wegen meinen Kindern aber auch nie auf mein Mandat verzichten. Aber ich bin der Überzeugung, dass sich das natürlich vereinbaren lässt.“

Wenn weibliche Abgeordnete also tatsächlich beides wollen, dann müssen sie sich in einem relativ kurzen Zeitraum dafür entscheiden, dies auch umzusetzen. Dass dies möglich ist, bestätigt auch eine andere Abgeordnete:

„Ich bin von einer jungen Abgeordneten, die noch kein Kind hat, gefragt worden, wie das mit Kind funktioniert, wie man alles gebacken bekommt. Da habe ich gesagt, mach es erst mal, dann kriegst du das auf jeden Fall gebacken. Wenn du vorher eine 100 % Lösung haben willst, dann funktioniert das nicht. Sondern erst, wenn du es irgendwie organisieren musst. Das kannst du aber nicht im Voraus planen.“

5. Wie lassen sich Berufspolitik und Elternschaft vereinbaren?

Wie viel Zeit verbringen Politiker mit ihren Familien? Wer versorgt die Kinder? Ist Politik ein familienfreundlicher Beruf? Antworten auf diese Fragen sollten sowohl mit Hilfe des Fragebogens als auch in den persönlichen Interviews und in Zeitungsartikeln gefunden werden. Im Folgenden stellen wir die wichtigsten Ergebnisse der Studie zusammen.

Abgeordnete zwischen Hauptstadt und Wahlkreis

Eines der größten Probleme stellt für die meisten Abgeordneten die Distanz zwischen Wohnort bzw. Wahlkreis und dem Parlamentssitz in Berlin dar. Während sie die 22 Sitzungswochen pro Jahr in Berlin verbringen müssen,¹⁸ wird in der übrigen Zeit die Präsenz im Wahlkreis erwartet. Dazwischen liegen je nach Herkunft oft hunderte Kilometer und viele Stunden Reisezeit. Die Abgeordneten verbringen zwischen zwei und fünf Tage pro Woche in Berlin und respektive zwischen fünf und zwei Tage im Wahlkreis, wobei sich diese Aufenthaltsdauern je nach Sitzungswochen und sitzungsfreier Zeit unterscheiden. Allein die Abgeordneten aus der Hauptstadt und aus Brandenburg können es sich erlauben, einen einzigen Wohnsitz zu unterhalten. Sowohl aus der Online-Befragung als auch aus den Interviews und der Berichterstattung in den Medien geht hervor, dass die große Mehrheit der Familien von Abgeordneten im Wahlkreis bzw. Heimatort zu Hause ist. Das wiederum bedeutet, dass die Abgeordneten die Sitzungswochen allein und ohne ihre Familien in Berlin verbringen. Nur gelegentlich begleiten ganz kleine Kinder ihre Mütter in die Hauptstadt, wie es ein Artikel in der Welt beschreibt:

„Wenn der Bundestag seine Sitzungswoche hat, wenn also die Abgeordneten aus ihren Wahlkreisen nach Berlin reisen, dann machen sich auch Emilia und Sarah auf den Weg. Emilia kommt mit dem ICE aus Bamberg in die Hauptstadt, Sarah mit dem Flugzeug aus Düsseldorf. Mit dem Berliner Politikbetrieb haben die beiden noch nichts am Hut. Ihre Mütter dafür umso mehr: Emilia ist die sechs Monate alte Tochter der CSU-Abgeordneten Dorothee Bär (29). Sarah ist der Nachwuchs ihrer CDU-Kollegin Hildegard Müller (39) und gerade vier Monate alt.“¹⁹

Nach Aussagen unserer Interviewpartnerinnen spricht vieles dafür zu pendeln, anstatt den gesamten Lebensmittelpunkt der Familie nach Berlin zu verlagern. Zum einen lässt ihnen die zeitliche Inanspruchnahme während der Sitzungswochen kaum Raum, sich in dieser Zeit der Familie zu widmen. Zum anderen haben die Ehepartner auch im Heimatort Beruf und Verpflichtungen, denen sie nachgehen müssen oder wollen. Und schließlich zwingt die Wahlkreisarbeit die Abgeordneten ohnehin, die sitzungsfreie Zeit in ihrem Herkunftsort zu verbringen, also immerhin 30 Wochen im Jahr. Auch müssen die Abgeordneten stets die mögliche Endlichkeit eines politischen Mandats im Auge behalten. Dafür ist es notwendig, sich ein weiteres Standbein zu erhalten, wie eine Abgeordnete erwähnt:

„Ganz einfach, man will halt einen Platz. Und mein Mittelpunkt, also ich bin kein Berliner. Will ich auch gar nicht werden. Ich wollte meinen Job behalten, damit ich noch ein Standbein daheim habe. Ich bin eng verwurzelt.“

Obwohl die Situation keineswegs als ideal beschrieben wird und vor allem auf Seiten der Mütter auch mit viel Trennungsschmerz verbunden ist, bevorzugt die Mehrheit der Abgeordneten diese räumliche Aufteilung. Dennoch geben sie zu bedenken, dass sie ihre Kinder ständig vermissen und zum Teil auch sehr darunter leiden.

„Es wird immer schlimmer, jetzt kann sie ja sprechen und beschwert sich darüber. Und als ich ein paarmal sonntags schon nach Berlin musste, da hat sie wirklich geweint und gesagt, jetzt musst du auch schon sonntags arbeiten gehen. Das ist dann ganz schlimm. Damit kann ich immer noch nicht umgehen. Ich weiß, dass sie auch die ganze Klaviatur beherrscht, aber es fällt mir schwer. Unheimlich schwer.“

„Es gibt wirklich Zeiten da tut es weh. Es gibt Situationen, ich habe neulich mit einer Kollegin darüber geredet, die auch einen Sohn hat. Sie saß während der WM am Flughafen, hatte so einen riesen Sessel und einen kompletten Flat-Bildschirm und hatte alle Getränke und leckere Essachen, aber sie hatte Tränen in den Augen, weil ihr Sohn alleine zu Hause Fernsehen geschaut hat. Und das sind schon schmerzhaft Erfahrungen, die absolut jeder von uns macht.“

„Bei uns Müttern kommt dann auch unser Mutterschmerz dazu. Ich vermisse sie.“

Während die Mehrheit der Familien von Bundestagsabgeordneten also nicht in Berlin lebt, gibt es auch einige unter ihnen, bei denen das Gegenteil der Fall ist. Eine Interviewpartnerin hat dies als ihr Idealmodell beschrieben.

„Also ich habe meine Kinder mit nach Berlin genommen, weil ich sie sonst gar nicht gesehen hätte. Also ich denke, andere setzen ihre Prioritäten anders. Ich bewundere all die Frauen, die sagen, mein Kind ist im Wahlkreis und mir reicht es, wenn ich mein Kind in den sitzungsfreien Wochen sehe. Das würde mir, ehrlich gesagt, nicht reichen. ... In Berlin schaut das dann so aus, dass ich morgens aufstehe, in der Regel vor den Kindern, wie das üblich ist. Und dann trinke ich mit meinem Mann Kaffee und danach geht es ans Frühstück und Anziehen und Zähneputzen. Der allgemeine Wahnsinn, der in jeder Familie jeden Morgen vorherrscht. Aber das haben wir dann gemeinsam. Da wird bei uns geplappert, gespielt und wir nehmen uns einfach auch die Zeit.“

Während der Sohn mittlerweile in Berlin zur Schule geht, versucht sie, die dreijährige Tochter, so oft es geht, bei sich zu haben. Das funktioniert, weil der Vater ihrer Kinder sich in Berlin um die Betreuung kümmert, während die Großeltern diese Aufgabe im Wahlkreis übernehmen.

„In den sitzungsfreien Wochen nehme ich meine Tochter mit, sie ist dann bei meinen Eltern. Und das führt dann dazu, dass ich sie zumindest mal morgens sehe und in der Regel auch mittags mit ihr Mittagessen kann und sie auch ins Bett bringen kann, sie macht noch Mittagsschlaf. Abends wird es natürlich in den sitzungsfreien Wochen sehr, sehr schwierig. Ich bin einfach sehr viel unterwegs, muss öfters auch mal woanders übernachten, wo ich überall Termine habe. Aber ich versuche natürlich immer, nach Hause zu kommen und die Nachtzüge kenne ich inzwischen schon sehr gut.“

Wer versorgt den Nachwuchs?

Am Heimatort versorgen in erster Linie die Lebenspartner die Kinder, in vielen Fällen unterstützt von der Familie, insbesondere den Großeltern. Kinderkrippe, Kindergarten und Hort spielen dabei nur untergeordnete Rollen, genauso wie Tageseltern oder Au-Pairs. Charakteristisch ist hier die Aussage einer Interviewpartnerin:

„Also im Prinzip haben wir keine Fremdbetreuung in dem Sinne, sondern das läuft alles in der Familie. Und wir haben einen ganz guten Rhythmus gefunden. Ich bin eigentlich unterm Strich erstaunt, wie gut das läuft. Wir hatten bisher keine Probleme mit dieser Lösung.“

Deutlich ist hier jedoch die Diskrepanz zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten. Während bei den Männern in vielen Fällen eine gar nicht oder nur Teilzeit berufstätige Ehefrau die Familienarbeit vollständig übernimmt, ist es bei den weiblichen Abgeordneten nicht die Regel, dass ihnen der Ehemann den Rücken von diesen Verpflichtungen frei hält und selbst auf eine Vollzeitbeschäftigung verzichtet. Die größte Unterstützung erhalten Politikerinnen aus dem familiären Umfeld. Jede einzelne Interviewpartnerin erwähnte die eigenen Eltern und / oder Schwiegereltern als wichtige Unterstützung bei der Kinderbetreuung.

„Die meiste Unterstützung bekomme ich von meiner Familie. Von meinen Eltern und meiner Schwiegermutter. Die auch immer sehr flexibel sind, die auch da sind. Die Gott sei Dank auch selten Nein sagen.“

„Die eigene Oma wohnt mit im Haus und meine Schwiegereltern machen am Wochenende sehr viel.“

„Und nur wenn du das Gefühl hast, das funktioniert, kannst du überhaupt arbeiten gehen. Das ist die Grundvoraussetzung. Bei deinen Eltern hast du das Gefühl halt von Natur aus.“

„Zumal meine Eltern auch hier leben und auf Eltern ist man auch angewiesen.“

„Meine Eltern, also auch meine Mutter sind da, wenn ich sie brauche. Und diese Verlässlichkeit haben wir immer gehabt und darum ist das auch alles gut gegangen mit sehr anspruchsvollen Tätigkeiten.“

Eine Abgeordnete nimmt ihren Vater sogar extra zur Kinderbetreuung mit nach Berlin.

„Mein Vater ist mit dabei. Ohne Unterstützung meiner Eltern würde es wahrscheinlich so nicht gehen. Und dem kann ich ja sagen, komm morgens um sieben. Und der ist quasi wie eine Kinderfrau, der kommt zu mir nach Hause, passt auf meine Tochter auf und das klappt ganz hervorragend. Der kann abends auch mal länger.“

Die Betreuung in der eigenen Familie wird zudem als große Erleichterung empfunden, wie es eine Interviewpartnerin beschreibt:

„Ich weiß schon, dass sie gut aufgehoben ist und ich merke ihr das an, es geht ihr gut und das hilft mir sehr. Wenn ich jetzt sehen würde, dass es anders ist, wäre das wahrscheinlich noch schwieriger.“

Am zweithäufigsten genannt werden Partner, die einen Großteil der Kinderbetreuung und Familienarbeiten übernehmen. Doch die Unterstützung durch die Ehepartner findet in recht unterschiedlichem Maße statt. Die einen treten beruflich kürzer, um mehr Arbeit in der Familie zu leisten.

„Mein Mann – der ist selbständig – ist ein bisschen flexibler mit der Zeit. Und wenn ich in Berlin bin, dann hat er die Kinder komplett. Er arbeitet nicht mehr das gleiche Pensum wie vorher. Er könnte durchaus mehr machen, aber da haben wir uns aktiv dagegen entschieden, weil das mit der Familie nicht machbar gewesen wäre.“

Eine ehemalige Abgeordnete erzählt sogar, dass ihr Ehemann seinen Beruf vollständig aufgegeben hatte, und zwar zu einer Zeit, in der dies alles andere als üblich war.

„Wir haben die Rollen getauscht. Es war damals Anfang der 70er-Jahre, da war er also dann wirklich vollständig Hausmann, ohne eine sonstige bezahlte Tätigkeit. Wir haben uns entscheiden müssen, weil wir gesehen haben, dass zwei Berufe zu den damaligen Bedingungen mit den nicht vorhandenen Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht möglich waren. Und auch weil wir jemanden haben wollten, der zu Hause dann auf die Kinder schaut und zwar auf die schulpflichtigen Kinder und den Kleinen.“

Und auch heute gewinnen Modelle, bei denen der Vater den Hauptteil der Familienarbeit übernimmt, für weibliche Abgeordnete mit kleinen Kindern immer mehr an Bedeutung. So beschreibt es auch eine Interviewpartnerin:

„Mein Mann arbeitet halbtags und ist da sehr flexibel, und das ist im Moment wirklich ein Gewinn für uns. Vieles übernimmt in der Tat mein Mann.“

Doch auch wenn einige Ehemänner ihre Frauen stark unterstützen, funktioniert das nicht immer reibungslos, sondern fordert von beiden Seiten gewisse Zugeständnisse.

„Dass mein Mann so viel Mitverantwortung in der Kindererziehung übernimmt, das war auch nicht von Anfang an selbstverständlich. Erstens hatte er keine Neigung dazu, weil ich ja zuständig war, so wie bei anderen klassischen Familien auch. Und zweitens war ich der Meinung, dass ich das viel besser kann als er. Und ich musste da auch lernen, dass er durchaus Sachen anders macht, aber deswegen nicht falsch. Das heißt, Verantwortung abgeben und ihn überhaupt so viel machen lassen, das musste ich auch lernen. Das habe ich auch erst gelernt, als ich eben plötzlich nicht mehr da war und gemerkt habe, die Welt geht nicht unter und mein Sohn verlottert auch nicht und das funktioniert schon so. Dass mein Mann diese Verantwortung übernimmt, habe ich im Nachhinein als sehr befreiend empfunden.“

Es gibt jedoch auch Mütter unter den Abgeordneten, die wenig Unterstützung vom Partner erhalten und sich trotz starker Arbeitsbelastung weiterhin in der Hauptverantwortung fühlen.

„Ich verzichte auch auf einiges, ich sage auch mal Termine ab. Mehr, als mein Mann das tut beispielsweise. Da stelle ich immer wieder fest, dass ich da schon eher diejenige bin – obwohl das mein Hauptberuf ist –, die dann sagt, na gut, dann verzichte ich eben.“

Neben der Rückendeckung aus der Familie ist jedoch auch die Unterstützung durch die eigenen Mitarbeiter notwendig.

„Gute Mitarbeiter sind wirklich Gold wert. Die dann auch Verständnis haben, wenn ich sage, Leute ich kann heute nicht, ich muss zum Sportfest, lasst euch was einfallen, haltet mir den Rücken frei und selbst wenn die Welt untergeht, macht es einfach. Und dafür brauchen Sie gute Leute, die das dann auch tatsächlich können. Die dann ihrer Chefin auch nicht die Blöße geben und sagen, die ist gerade auf einer Party von ihrem Sohn, sondern die einem einfach Rückendeckung geben. Egal, was kommt.“

Ganz besonders wichtig wird für die zeitlich stark beanspruchten Mütter die Führung ihres Terminkalenders. So beschreibt eine Interviewpartnerin, dass sie feste Blockzeiten, in denen sie nur für ihre Tochter da ist, stets im Kalender vermerkt.

„Und alle Büros müssen sich danach richten und wenn ein Block aufgehoben wird, dann muss ein anderer in dieser Woche in den Kalender gesetzt werden. Also wenn jemand einen Termin dann trotzdem annimmt, dann muss man direkt sagen, dass in der Woche dann ein anderer Tag / Abend für die Kleine freigehalten wird. Die Organisation rundum funktioniert gut.“

Freiräume schaffen: Der Sonntag gehört der Familie

Freie Tage, Nachmittage oder Abende sind für Politiker eine Rarität. Auch für Mütter kleiner Kinder ist es schwer, sich Freiräume zu schaffen. Während den einen das ganz gut zu gelingen scheint, geben andere an, kaum Zeit für ihre Familien zu haben. Das liegt nicht zuletzt an der Fülle der Aufgaben, die die einzelnen Abgeordneten wahrnehmen. Besonders schwer wird dies, wenn es sich dabei auch noch um eine Führungsposition wie Staatssekretärin, Generalsekretärin oder Sprecherin einer parlamentarischen Arbeitsgruppe handelt.

„Jetzt bin ich ja auch mittlerweile Sprecherin in Berlin, das heißt, die Aufgaben sind gestiegen. Da kann man nicht sagen, ich komme mal eine halbe Stunde später zur Sitzung. Wenn man die Sitzungen leitet, ist das schwieriger.“

„Und da kommt bei mir eben noch die Doppelbelastung Abgeordnete und Generalsekretärin hinzu, weil ich ja nicht nur in den Sitzungswochen in Berlin bin, sondern auch in den sitzungsfreien Wochen.“

„Es war im Nachhinein mein Glück, dass es in der Reihenfolge war. Also dass ich zuerst eine wirklich gute Chance hatte, mich mit Kind und den normalen MdB-Tätigkeiten zu rechtzufinden und danach Staatssekretärin wurde.“

Leichter fällt es hingegen den „einfachen“ Abgeordneten, gelegentlich auch einmal mit Abwesenheit zu glänzen.

„Ich versuche immer, den Freitagnachmittag mit meinen Kindern zu verbringen, da hat meine Tochter Tanzkurs, dann gehe ich immer mit und schaue ihr zu. Und wir haben auch ausgemacht, dass ich Sonntagfrüh um halb neun mit meiner Tochter einen Schwimmkurs mache, das ist so ein Mutter-Kind-Schwimmen. Sie kann ja mit drei Jahren noch nicht schwimmen, aber das ist dann tatsächlich die Mutter-Tochter-Stunde. Und Sonntagvormittags geht mein Mann mit unserem Sohn zum Fußballspielen und das ist dann Vater-Sohn-Zeit und mittags treffen wir uns und unternehmen was gemeinsam. Ausnahmen bestätigen die Regel, aber das versuchen wir wirklich durchzuhalten. Das sind unsere Kinderstunden. Also Quality-Time, Zeit, wo man miteinander Spaß hat und redet und auch unsere Kinder wissen, wenn sie Termine mit Freunden ausmachen, dann bitte nicht sonntags, das ist die Familienzeit.“

„Natürlich, ganz am Anfang muss man nahezu überall hingehen. Aber nach einer gewissen Zeit kann man sich schon leisten, auch mal eine Auswahl zu treffen. Wenn Sie an einem Wochenende insgesamt zwölf Terminanfragen haben, dann können Sie von den zwölf zwei annehmen, aber wenn Sie die zwei dann auch nicht annehmen, wenn Sie schon zehn absagen müssen, dann ist das auch egal. Das können Sie nicht immer machen und Sie müssen natürlich auswählen.“

Doch nicht immer verläuft das so reibungslos oder trifft auf Verständnis bei Parteikollegen und im Wahlkreis, wie eine andere Abgeordnete beschreibt.

„Ich bin angefragt worden für ein Advents-Kaffeetrinken und habe gesagt, an dem Sonntag geht’s nicht und ich würde lieber an einem Samstag kommen. Sie wollen aber einen der vier Adventssonntage. Dann habe ich zurückgeschrieben, ich komme an sechs von sieben Tagen, aber nicht sonntags. Ich meine, ich mache am Sonntag auch Termine, aber wenn ich es mir selber raussuchen kann, kann man ein Advents-Kaffeetrinken mit dem Ortsverband auch an einem Samstag machen. Da sehe ich nicht, dass da irgendwas dagegen spricht. Ich komme an sechs von sieben Tagen und da immer, aber nicht an den vier Adventssonntagen, die sind für meine Familie.“

Noch verständnisloser war die Reaktion eines Fraktionskollegen:

„Ich kann mich noch erinnern, ich wollte gegen die Reform stimmen, und da ist es ja sowieso ein Spießroutenlauf, und von Woche zu Woche ist es schlimmer geworden mit dem Druck, der sich da aufbaut. Und ich kann mich noch erinnern, Freitag war die Abstimmung, ich werde das nie vergessen. Und am Tag davor war ich in meiner Wohnung, habe gerade meiner Tochter die Flasche gegeben. Die war da ein halbes Jahr alt und ich war mitten im Füttern, da war es abends 21 Uhr, als mein Handy klingelte. War der parlamentarische Geschäftsführer dran und sagt, dass ich morgen nicht mit Nein stimmen kann. Dann habe ich gesagt, wir können später telefonieren, ich füttere gerade mein Kind. Ist nicht akzeptiert worden, dann bin ich angeschrien worden. Und da habe ich mein Handy einfach ausgeschaltet. Also das war überhaupt keine Unterstützung.“

Trotz dieser Schwierigkeiten berichtet die Interviewpartnerin, dass sie mittlerweile dazu steht, wenn sie aufgrund von familiären Verpflichtungen politische Termine absagen muss. Doch das war nicht von Anfang an der Fall gewesen:

„Ich hab ganz am Anfang, so die ersten ein, zwei Jahre, immer gesagt, wenn ich dann irgendwas Privates machen wollte mit meinem Kind, ich hab noch einen anderen Termin. Das mach ich nicht mehr, weil man da ein anderes Selbstbewusstsein kriegt. Neulich habe ich gesagt, ich muss jetzt fahren, ich muss mein Kind noch ins Bett bringen. Und wenn der Landrat sagt, jetzt setz dich gefälligst noch eine halbe Stunde mit her’, mit einer Massivität, mit der man bedrängt wird, dann muss man schon wirklich stark sein und sagen ‚nein ich gehe jetzt!‘“

Die von vielen Seiten erwartete Allzeitpräsenz und -verfügbarkeit erschwert die Vereinbarkeit von Familie und Berufspolitik erheblich. Andererseits bietet sie auch die Möglichkeit, sich die Arbeitszeiten außerhalb feststehender Termine flexibel einteilen zu können. Eine Freiheit, die von den Befragten durchaus geschätzt wird:

„Eine Arbeitnehmerin im klassischen Sinne, die hat vielleicht den Vorteil, dass sie nicht so viel reisen muss, die hat aber auch nicht im Gegenzug die Flexibilität wie ich. Ich kann jederzeit mein Kind mit ins Büro nehmen, mir kann keiner was sagen. Also diese Flexibilität ist schon ein Vorteil. Selbst auf der Führungsebene, ich glaube, dass wir freier sind in unserer Zeitgestaltung. Also ich kann auch sagen, ich arbeite heute von zu Hause aus, ich habe meinen Laptop, ich kann sagen, ich erledige das alles per Telefon.“

An dieser Stelle sei erwähnt, dass Bundestagsabgeordnete keinen Anspruch auf Elternzeit haben, denn diese steht nur Arbeitnehmern zu. Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Landtage gelten arbeitsrechtlich betrachtet jedoch weder als Arbeitnehmer noch als Selbständige. Lediglich das Mutterschutzgesetz findet für sie Anwendung. Die Interviewpartnerinnen äußern dafür Verständnis und sind sich der Verantwortung bewusst, die ihnen durch den Wählerauftrag erteilt wird:

„Es gibt im Grunde genommen keine Möglichkeit, Elternzeit zu nehmen. Das ist auch verständlich, dass man nicht drei Jahre Elternzeit nehmen kann, wenn man vier Jahre Legislaturperiode hat. Aber ein halbes Jahr müsste eigentlich gehen. Ich persönlich habe auch nur zwei Monate gehabt, den offiziellen Mutterschutz, das ist sehr knapp.“

Denken Sie doch mal an Ihr Kind! Sind Politikerinnen „Rabenmütter“?

Während Politikerinnen also hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sehr ähnlichen Problemen kämpfen wie andere erwerbstätige Mütter auch, stehen sie dabei unter stärkerer Beobachtung. Hier wird das Private schnell zum Politischen und die Trennlinien verschwinden. Hervorgerufen durch die mediale Berichterstattung bilden sich schnell Meinungen über die Qualität der Politikerinnen als Mütter. Eine Interviewpartnerin berichtet, dass man ihr den Anspruch auf ein Amt ausreden wollte, mit Verweis auf ihre Mutterpflichten:

„Denk doch auch mal an dein Kind! Das wurde mehrfach in der Fraktion ausgesprochen. ... Gerade bei den älteren Männern, sogar bei älteren Frauen. Die meinen es ja angeblich nur gut. Und dann habe ich mehrfach gesagt, das ist eine Sache, die ich nur mit meinem Mann bespreche und wenn der das in Ordnung findet und ich auch, dann ist das unsere Sache. Aber so zu tun, als ob die sich wesentlich mehr Gedanken um unser Kind machen würden, das ist schon eine Unverschämtheit.“

Doch nicht nur die Kollegen, sondern auch die Wähler äußern Vorbehalte:

„Auch die Leute aus dem Wahlkreis, gerade die Älteren sagen, ‚mir tut Ihr Kind total leid‘. Dann sage ich, ‚mir nicht, der geht’s gut‘. Es ist schwierig. Ich habe schon ge-

merkt, dass es zwar viele ältere Kollegen gut finden, dass man mal jemanden hat, bei dem es so ist. Dann kann man sagen, wir haben das auch. Aber gleichzeitig würde keiner mit so jemand wie mir verheiratet sein wollen, habe ich immer das Gefühl.“

Angesichts solcher Reaktionen und Beurteilungen ziehen viele Politikerinnen es vor, die Elternschaft nicht zu thematisieren – geschweige denn, ein Betreuungsproblem oder besondere Belastungen zu artikulieren. Eine Interviewpartnerin beschreibt ihre Reflexionen im Vorlauf des Interviews folgendermaßen:

„Ja sagen wir mal so: Ich hab jetzt zum Beispiel überlegt, ob ich so offen reden kann, wie ich das eben gemacht habe. Das ist alles kommentiert und das ist alles schwierig. Man soll ja immer locker und gelassen sein und sich auf die Arbeit konzentrieren. Man darf ja alles, aber man darf nicht irgendwie ein Problem damit haben. Oder man darf keinen Stress damit haben oder es darf nicht aussehen als ob und so weiter.“

Immer wieder wird deutlich, dass sich vor allem Politikerinnen Sorgen machen, durch die Thematisierung von Problemen bei der Kinderversorgung politische Nachteile zu erleiden und deshalb nicht oder nur mit Vertrauten darüber sprechen. So gibt eine Interviewpartnerin zu bedenken:

„Ich rede nicht viel darüber, weil über sowas redet man nicht. Weil egal, was Sie machen, Sie machen's falsch. Urteile werden immer schnell gefällt. Und deshalb ist es besser, nicht darüber zu reden. ... Wissen Sie, wenn Sie den Leuten sagen, wie viel Zeit Sie mit den Kindern verbringen, kommt sofort, ja und wann arbeitest Du? Und wenn ich den Leuten sage, dass ich wenig Zeit verbringe, dann heißt es, Du bist verantwortungslos, warum hast Du dann Kinder in die Welt gesetzt? Also machen und nicht drüber reden.“

Diese Zurückhaltung bezüglich der Darstellung der eigenen Familiensituation mag auch erklären, wieso der Rücklauf zu unserer Studie so gering war. Immerhin haben nur 69 der 620 Abgeordneten den Online-Fragebogen ausgefüllt, was einem Anteil von etwas über zehn Prozent entspricht. Kinder und Familie sind Privatsache, das macht auch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder deutlich:

„Einige Menschen erwarten, dass eine Familienministerin genau darüber Auskunft gibt, wer den Pastinakenbrei anrührt und wer nachts aufsteht, wenn das Kind schreit. Wir sind wild entschlossen, diese privaten Fragen auch weiter nicht öffentlich zu beantworten.“²⁰

Was passiert, wenn man zu viel von seinem Familienleben preisgibt, musste Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen zu Beginn ihrer politischen Karriere erfahren. So stellte man ihr nicht nur die Frage, wozu sie sich sieben Kinder angeschafft habe, wenn sie als Fa-

milienministerin sowieso nie zu Hause sei,²¹ sondern sie wurde auch in einer Fernsehtalkshow gefragt, ob sie lieber eine schlechte Mutter oder eine schlechte Ministerin sein wolle. Auch hier dominiert „Entweder-oder“ die Debatte weitaus stärker als „Sowohl-als auch“. Die anfängliche Offenheit, mit der von der Leyen von ihrem Familienleben berichtete, war nicht zuletzt deshalb schnell verfliegen. Während sie zu Beginn ihrer Karriere noch bereitwillig Auskunft darüber erteilte, wer sich um die Kinder kümmerte und wie der Alltag bei ihr funktionierte, schränkte sie diese Offenheit auf Grund der vehementen Kritik, die ihr entgegenschlug, bald ein. Denn Offenheit und Öffentlichkeit führen natürlich auch immer dazu, dass sich Außenstehende in private Belange einmischen, wie es eine Interviewpartnerin beschreibt:

„Also das ist gar nicht böse gemeint, aber man bekommt dann plötzlich Ratschläge und man muss anfangen, sich für Sachen zu rechtfertigen und über Sachen zu diskutieren, wo man eigentlich denkt, das geht die nichts an. Weil du plötzlich eine viel größere Öffentlichkeit hast und viel mehr Menschen meinen, bei dir mitreden zu müssen. Und das ist dann halt die Frage, will man das oder will man das nicht?“

Zwei weitere Interviewpartnerinnen nannten den Schutz der Privatsphäre als weiteren Grund dafür, dass das Privatleben kaum öffentlich gemacht wird.

„Wir werden bei alledem auch noch beobachtet. Und zwar im Detail. Bei uns ist das Ganze praktisch noch unter einer Lupe verstärkt und dann auch noch entsprechend öffentlich. Und davor wollen viele ihre Familien schützen.“

„Und dann ist es auch so, wir sind sehr unter Beobachtung. Und das hat schon auch eine Schutzfunktion, das Private privat zu halten.“

Als mögliche Antwort auf die Frage, warum das Thema gerade in Deutschland so tabuisiert wird, während in anderen Ländern ein wesentlich offenerer Umgang mit Familie und Mutterschaft gepflegt wird, sehen einige Interviewpartnerinnen ein Streben nach Perfektion als einen der Hauptgründe:

„Bei uns muss halt auch immer alles perfekt sein und man darf auch nicht zugeben, dass irgendwas mal nicht funktioniert. ... Dass man auch immer denkt, es muss den perfekten Zeitpunkt geben. Und den gibt es nie und deswegen ist eigentlich immer der perfekte Zeitpunkt, weil er nie passt.“

„Wenn du eine 100-prozentige Lösung haben willst, funktioniert das nicht. Sondern erst wenn du es irgendwie organisieren musst und jonglieren musst und dich mit 80 %, mit guten 80 % zufrieden gibst. Das kannst du aber nicht im Voraus planen. Und wir Deutsche wollen immer 100 %. Aber ich glaube, diese Mentalität, dass die sich langsam ändert.“

Dennoch gibt es auch in Deutschland Frauen (wenn auch nur wenige), die dem Thema offen-
siv begegnen, wie die FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin, die 2005 hochschwanger im
Stern mit nacktem Bauch zu sehen war. Sie selbst begründete ihre Aktion mit den Worten:

„Zum einen finde ich den neunmonatigen Ausnahmezustand wunderschön. Zum ande-
ren ist eine schwangere Politikerin, die weiter Karriere machen will, in Deutschland
ein Politikum an sich. Deshalb gehe ich aggressiv mit dem Thema um.“²²

Ein weiteres Beispiel für die offensive Thematisierung des Vereinbarkeitsthemas lieferte die
Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles. Diese hatte sich in der Zeitschrift Brigitte über
ihre Schwangerschaft geäußert und auch die Sorge um die Vereinbarkeit von Familie, Mandat
und ihrer Position als Generalsekretärin thematisiert. In den Medien (und auch in Nahles'
Partei) brach danach die Diskussion darüber los, ob man „so etwas“ thematisieren dürfe und
ob es hinsichtlich Nahles' Karriere strategisch klug gewesen sei, die Sorge öffentlich zu arti-
kulieren. So äußerte sich auch eine unserer Interviewpartnerinnen:

„Ich verstehe nicht, dass sie es gesagt hat, aber dass sie im Inhalt Recht hat, das sehe
ich auf jeden Fall so.“

Doch Nahles setzt ihren Kritikern entgegen:

„Ich habe überhaupt keine Angst, meinen Job zu verlieren. Aber ich mache mir sehr
wohl die gleichen Gedanken wie hunderttausend andere Frauen. Einige mögen das
nicht für fein halten, wenn man das anspricht, aber ich habe sehr viele positive Reak-
tionen bekommen. Manche Frauen schickten mir ganze Lebensläufe, das war zum Teil
sehr erschütternd, aber vieles auch ermutigend. Alles nur, weil ich den Druck öffent-
lich angesprochen habe, dass jede weiß, was das für Folgen haben kann, wenn man zu
lange draußen ist aus dem Job.“²³

Die Zustimmung, die Nahles für ihre Äußerungen erhalten hat, macht deutlich, dass sie da-
mit die Sorge vieler Mütter teilt, die versuchen, einen anspruchsvollen Job und Kinder zu
vereinbaren. Dass Kinder in der Politik schnell zum Karrierehindernis werden können, bestä-
tigen auch einige Interviewpartnerinnen.

„Ich habe schon erlebt, dass man für bestimmte Sachen nicht in Frage kommt. Gerade so
ab dem vierten Monat bis zur Entbindung. Dass da schon versucht wird, viel klar zu ma-
chen, wo man Angst haben muss, man würde sonst Ansprüche auf irgendwas anmelden.“

„Es wird langsamer. Wir sind vielleicht nicht mehr die großen Strippenzieherinnen.
Ich kann es Ihnen nicht sagen. Sie sind nicht immer und überall dabei. Und es gibt
dann natürlich schon Termine, ich habe heute eine Anfrage bekommen, ob ich mit der
Kanzlerin nach New York will. An dem Tag hat mein Sohn Schulfest. Das tut weh.“

„Ich unterscheide wirklich ganz klar zwischen Pflicht und Kür. Also ich verzichte schon auf Sachen, die einem auch Spaß machen würden, auch Auslandsreisen. Ich habe, seitdem meine Tochter auf der Welt ist, nur eine Reise nach Norwegen gemacht. Davor, ohne Kind, war ich dauernd auf irgendeiner Dienstreise. War regelmäßig auch in Washington. Und die Kontakte fehlen jetzt halt.“

„Ich nehme mir immer abends Arbeit mit nach Hause, ich lese Gutachten abends zu Hause. Aber ich gehe auf keine Abendveranstaltung. Also da müsste die schon richtig, richtig toll sein, damit ich um 19 Uhr irgendwo bei so einem parlamentarischen Abend rumhänge. Was die Verbreiterung meiner Bekanntheit in Fachkreisen betrifft, ist es natürlich schwieriger. Auf der anderen Seite, die, die mich kennen, halten mich für sehr kompetent, weil ich eben mehr Zeit zum Gutachten lesen habe.“

Die ehemalige niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn erzählte in einem Interview mit dem Stern, dass sie für die Zeit mit den Kindern einen politischen Preis bezahlt habe:

„Ich habe mich auf mein Amt als Ministerin konzentriert. ... Parteipolitisch habe ich nicht mehr so viel gemacht. Das hat natürlich Konsequenzen, wenn man bei diesen Gesprächen und Treffen fehlt. Man ist dann nicht mehr so gut in der Partei vernetzt und verankert“.²⁴

Abwesenheit, ganz gleich aus welchem Grund, führt immer wieder dazu, dass Begehrlichkeiten geweckt werden. So beschreibt es auch eine Interviewpartnerin, reduziert dieses Phänomen dabei jedoch nicht auf die Mutterschaft:

„Das hat nichts mit Schwäche und nichts mit Frau-sein oder mit sowas zu tun. Sondern in dem Moment, wo andere glauben, sie könnten das auch ganz gut, wenn ich in dieser Position nicht verfügbar bin, dann sind andere da. Denn die Position muss ja in der Zwischenzeit ausgefüllt werden. Also das ist bei Männern genauso, denn ob sie jetzt ein Baby bekommen, oder ob sie eine schwere Krebskrankheit haben und ein halbes Jahr ausfallen oder so, es gibt keine Garantie dafür, dass sie in einer Führungsposition zurückkommen und alles ist dann anschließend genauso wie es vorher war.“

Auch in den Medien wird der Schluss gezogen, dass Mutterschaft und politischer Aufstieg nicht zu vereinbaren sind. So schrieb die Main Post, als es um die Nachfolge Michael Glos' im Amt des CSU-Bezirksvorsitzenden für Unterfranken ging:

„Immer im Rennen sind die Schweinfurter Europaabgeordnete Anja Weisgerber (34) und die Vize-Generalsekretärin und Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär (32) aus Ebelsbach. ... Doch wie das Leben spielt, erfreuen sich beide bald Mutterfreuden:

Weisgerber erwartet im März ihr erstes, Dorothee Bär im Februar ihr zweites Kind – kein idealer Zeitpunkt, um mit aller Macht nach Macht zu streben.“²⁵

Da dies nach wie vor der vorherrschenden Meinung entspricht, gibt eine Interviewpartnerin zu bedenken, dass Mütter unter einem großen Druck stehen, ihre Fähigkeiten – sowohl politisch als auch privat – unter Beweis zu stellen.

„Ich glaube, das kommt immer darauf an, ob du dich beweist. Nicht nur zeigen, dass es rein technisch geht, man kann als Politikerin ein Kind kriegen, sondern auch zeigen, dass man inhaltlich weiter arbeiten kann.“

Hand aufs Herz: Wie kinderfreundlich ist Ihr Job?

Die Befragung der Interviewpartnerinnen wurde stets mit der gleichen Frage eingeleitet: „Wie kinderfreundlich ist ihr Job?“ Die Antworten waren eindeutig. Alle Befragten äußerten sich negativ, wobei die Antworten von „maximal unfreundlich“, „überhaupt nicht kinderfreundlich“ und „er ist weitest entfernt davon“ über „nicht wahnsinnig kinderfreundlich“ und „unterschiedlich, zurzeit überhaupt nicht“ bis hin zu der Aussage „ein Politikerjob ist nie kinderfreundlich, das ist klar. Der Bundestag ist nicht auf Kinder eingestellt“ reichten. Schon im Jahre 2006 hatte ein Artikel in der ZEIT unter dem Titel „Heimliche Muttis“ auf die schwierige Lage von Müttern mit Mandat aufmerksam gemacht. Die deutsche Politik, so scheint es, ist nicht auf Nachwuchs vorbereitet:

„Die Architektur der Politik sieht junge Mütter im Parlament nicht vor. Ein Stillraum im Parlament? Damit fängt es schon an. Im Reichstag ist er erst auf Initiative von Katharina Reiche (CDU) eingerichtet worden – der Raum ist eine verrauchte Abstellkammer, die auch Putzleute gerne für ihre Pausen nutzen. Als Geheimtipp gilt eine nicht einsehbare Ecke im Andachtsraum des Bundestages.“²⁶

Als besonders kinder- und familienunfreundlich wird auch der Rhythmus der Sitzungswochen beschrieben. Mehrere Interviewpartnerinnen erwähnten die Phasen, in denen zwei Sitzungswochen direkt aufeinander folgen, als besonders problematisch, weil sich dann zwangsläufig alle Wahlkreistermine an den Wochenenden ballen und somit überhaupt keine Zeit mehr für die Familie bleibt.

„Was am allerkinderunfreundlichsten am Deutschen Bundestag ist, ist, wenn zwei Sitzungswochen hintereinander sind. Diejenigen, die die Sitzungswochen planen, haben keine Kinder, das ist meine feste Überzeugung. Wenn Sie von Montag bis Freitag weg sind, am Wochenende Termine haben und wieder von Montag bis Freitag weg sind, ist das natürlich alles nicht so toll.“

Zeitmangel, Reisetätigkeit und der Anspruch, immer und überall verfügbar zu sein, machen die Politik zu einem Umfeld, das höchste Anforderungen an seine Akteure stellt. Doch nicht nur Frauen leiden darunter. Auch Männer beklagen die hohe Arbeitsbelastung. So wird ein Abgeordneter zitiert: „Der 17-Stunden-Tag hier ist mein normaler Arbeitstag. ... Ich bin um 7 Uhr im Büro und ich gehe selten vor Mitternacht.“²⁷ Der Artikel beschreibt die Belastungen, die der Familie durch Wahlkampf und Allverfügbarkeit entstehen. Darunter leiden auch die Partner der Abgeordneten: „Manchmal ist es ein bisschen wie bei geschiedenen Leuten“, wird eine Abgeordnetengattin zitiert. Es sei auch für die Kinder schlimm, „sich immer neu trennen zu müssen. Unser Dreijähriger weint bitterste Tränen“.²⁸ Die Psychologin Claudia Kossendey, verheiratet mit einem Politiker, hat hierzu geforscht und beschreibt:

„Wähler rufen um sieben und um 23 Uhr an, beim Mittagessen, an Sonntagen und Heiligabend. Ständig schwappt die Öffentlichkeit hinein. Privatheit gibt es nicht. Auf offiziellen Anlässen zwinkern sich Politikerpaare daher schon mal zu, um unbemerkt den gemeinsamen Aufbruch zu verabreden. So etwas haben normale Eheleute nicht nötig“.²⁹

Die Politik nimmt eine beherrschende Rolle ein, nach der sich letztlich die gesamte Familie richten muss. Dennoch ist die öffentliche Darstellung eines trauten Familienlebens gerade für jene besonders wichtig, die im wahren Leben genau jenes eben nicht haben. Denn genauso, wie sich Mütter (hingegen kaum Väter) der Kritik ausgesetzt sehen, dass sie Familie und Beruf vereinbaren, wird auch kinderlosen Frauen (ebenfalls mehr als Männern) große Skepsis entgegengebracht. Deutlich macht dies beispielsweise die Thematisierung der Kinderlosigkeit von Bundeskanzlerin Merkel durch die Gattin des Ex-Kanzlers Gerhard Schröder, Doris Schröder-Köpf, oder die Frage, ob Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die zu Beginn ihrer Amtszeit unverheiratet und kinderlos war, das Amt mit der notwendigen Authentizität ausfüllen könne. Das bestätigten auch zwei Interviewpartnerinnen:

„Auf der einen Seite hat man sich gefreut, das gab es noch nie vorher, dass jemand aktiv von unserer Partei im Bundestag ein Kind bekommt. Das war das erste Mal. Und das war so zu einer Zeit, wo das mal wieder schick wurde, sich mehr um die Familie zu kümmern. In den Krisenzeiten. Und dann war man froh, dass man auch eine Mutter hatte.“

„Die Tatsache, dass ich selber Kinder habe, hat mir wahrscheinlich in meiner Politikzeit als Kinder- und Familienpolitikerin eine gewisse Authentizität verliehen, wodurch meine Argumente stärker wurden.“

Und Monika Griefhahn, die von 1990 bis 1998 Umweltministerin unter Gerhard Schröder in Niedersachsen war, sagte über ihren damaligen Chef und Ministerpräsidenten:

„Gerhard Schröder hat eine feine Nase dafür was attraktiv ist, auch für die Medien. ... Und eine Ministerin mit Baby ist attraktiv.“³⁰

Auf diese Art und Weise erfüllen die Politikerinnen auch eine wichtige Vorbildfunktion, denn sie können in der Praxis unter Beweis stellen, dass Kinder und Karriere durchaus zu vereinbaren sind. Mehrere Interviewpartnerinnen zeigten sich überzeugt, dass sie als Vorreiterinnen eine wichtige Rolle für junge Frauen spielen.

„Als mein Sohn geboren wurde, war ich eine Rarität, eine der Ersten in der Fraktion, die ein Kind gekriegt hat. Alle anderen hatten schon Kinder oder die Kinder waren schon aus dem Haus. Inzwischen glaube ich, das war gut. Vielleicht war es auch richtig, dass ich Vorreiterin war. Und inzwischen gibt es immer mehr Mütter – junge Mütter – bei uns und vor allem auch immer mehr junge Väter und plötzlich ändert sich die Stimmung auch. Es ist akzeptierter, es ist verbreiteter, es ist selbstverständlicher.“

„Weil man immer für die Leute als Vorbild genommen wird, ob man das will oder nicht. Natürlich wird immer darauf geachtet, wie man es macht und natürlich macht man es immer falsch. Aber das gehört halt auch dazu.“

„Meine besten Freundinnen, die alle leichtere Berufe haben, also sehr viele Lehrerinnen und sehr viele Juristinnen, auch im Staatsverhältnis, haben gesagt, nachdem ich ein Kind hatte: ‚Na, wenn du das schaffst, dann können wir das auch.‘“

„Wenn wir Menschen ermutigen wollen, müssen wir ihnen auch zeigen, dass es funktioniert. Aber man darf das auch nicht beschönigen. Also ich würde keiner Frau sagen, das kriege ich mit links hin. Sondern es gibt wirklich Zeiten, da tut es weh.“

„Es darf nicht nur Privatsache sein, was möglich ist und was nicht und wie die Probleme in der Realität sind. Das ist nicht nur Privatsache. Es wird aber so getan, als ob es Privatsache ist. Und das ist für mich eine politische Frage mittlerweile. Und deshalb habe ich mich ... bewusst entschieden, mindestens diese Vereinbarkeitsfrage offensiv zu thematisieren.“

6. Fazit und Ausblick

Die empirischen Daten dieser Studie zeigen, wie schwer sich eine Vereinbarkeit von Familienleben und Politik als Beruf nach wie vor gestaltet. Auch wenn die interviewten Frauen darauf hinweisen, dass sie auf Grund ihrer zeitlichen und finanziellen Flexibilität gewisse Vorteile genießen, täuscht dies nicht darüber hinweg, dass sich Mutterschaft und Politik nur schwer vereinbaren lassen. Die Hauptgründe hierfür liegen in der hohen zeitlichen Belastung, den der Beruf als Abgeordnete mit sich bringt und der räumlichen Distanz, die sich aus der abwechselnden Anwesenheitspflicht in der Hauptstadt und im Wahlkreis ergibt. Hinzu kommt die immer noch weit verbreitete Ansicht, dass Kinder grundsätzlich zur Mutter gehören und idealerweise auch von dieser betreut werden sollten. Somit sehen sich Politikerinnen nicht nur ihren inneren Konflikten ausgesetzt, sondern auch einem permanenten Rechtfertigungsdruck gegenüber ihren Kollegen, Journalisten und Wählern.

Diese Schwierigkeiten betreffen alle Politikerinnen gleichermaßen, ganz gleich, welcher Partei sie angehören. Eine liberalere politische Ausrichtung geht nicht selbstverständlich mit einer größeren Toleranz gegenüber Müttern in den eigenen Reihen einher. So lässt sich erklären, warum konservative Politikerinnen sogar häufiger und auch mehr Kinder haben als jene, die hinsichtlich des Familien- und Mutterbildes eher als liberal gelten. Begründen lässt sich dies anhand der Tatsache, dass Ehefrauen und Mütter gerade in konservativen Kreisen dem idealen Frauenbild eher entsprechen als ledige und kinderlose Frauen. Dies deckt sich mit Beobachtungen aus anderen Studien, laut derer Familienfrauen mit einer mütterlichen Ausstrahlung eher von männlichen Politikerkollegen akzeptiert werden als solche, die ledig und kinderlos bleiben und die oft unter das Verdikt „mit der Politik verheiratet“ zu sein (Meyer 2000: S. 16) fallen. Jene Frauen haben bis heute in den Augen der Männer (und auch mancher Frauen) ihre „Präsenz in der männlichen Sphäre mit einem Verlust an ... Weiblichkeit“ (ebd.) bezahlt.

Doch ganz gleich, welcher Partei die Mütter im Bundestag angehören, eines ist ihnen gemeinsam: Sie sollten stets als gute Vorbilder vorangehen, eine Verpflichtung, derer sie sich auch bewusst sind. Denn dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf heutzutage auch in Deutschland möglich ist, soll von Seiten der Politik kein Lippenbekenntnis bleiben, weshalb einige Interviewpartnerinnen beschrieben, dass sie in ihren Fraktionen zwar kritisch beäugt wurden, man aber dennoch froh war, dass man nun auch endlich „so eine“ hatte; eine junge Mutter, der es offensichtlich gelingt, ihre politische Karriere fortzusetzen. Diese Erwartung führt jedoch zwangsläufig dazu, dass sich die jungen Mütter einem enormen Druck ausgesetzt fühlen. Sie müssen unter Beweis stellen, dass „frau“ heute tatsächlich alles haben kann und werden dabei von Kollegen, Medien und der Öffentlichkeit sehr genau beobachtet. Nicht zuletzt deshalb äußerten viele Interviewpartnerinnen ihre Befürchtung, dass ganz egal wie sie es machen, es immer falsch ist. Wer zu viel Zeit mit seinem Kind verbringt, vernachlässigt die politische Arbeit und wer viel arbeitet, vernachlässigt sein Kind. Diese Erfahrungen führen laut Aussagen unserer Interviewpartnerinnen dazu, dass sie es vorziehen, ihre Mut-

terschaft möglichst nicht öffentlich zu thematisieren. „Heimliche Muttis“ betitelte die ZEIT einen Artikel über Mütter im Bundestag, eine Überschrift, die sicherlich der Wahrheit sehr nahe kommt. Diese Zurückhaltung war auch beim Anfertigen dieser Studie zu spüren, denn nur 69 der 620 Abgeordneten haben sich überhaupt bereit erklärt, den Online-Fragebogen auszufüllen. Zeitgründe können dafür nicht ausschließlich geltend gemacht werden, denn einige Abgeordnete nahmen sich immerhin die Zeit, in einer Email zu erklären, dass sie zu diesem Thema grundsätzlich keine Stellung bezögen.

Doch auch die Bundestagsverwaltung und die einzelnen Fraktionen zeigen sich hinsichtlich der Familiensituation der Abgeordneten sehr zurückhaltend. Lediglich die Personalabteilung im Kanzleramt führt darüber Buch, wie viele Babys im eigenen Haus geboren werden. Wie die Financial Times im Jahr 2008 berichtete, haben sich die Geburtenzahlen dort mehr als verdoppelt, seit Kanzlerin Merkel die Regierungsgeschäfte führt.³¹ Kamen während Schröders zweiter Legislaturperiode – vom Dezember 2002 bis Oktober 2005 – nur 19 Säuglinge zur Welt, konnte Merkel nach ihrer ersten Amtszeit 49 Neugeborene vorweisen. Und das bei annähernd gleicher Zahl von Mitarbeitern und ähnlichem Mix von Alter und Geschlecht. Insgesamt kommt das Kanzleramt auf etwa 450 Bedienstete, rund die Hälfte davon sind Frauen, davon wiederum die Hälfte unter 40 Jahre alt. Auch eine Interviewpartnerin, die selbst Staatssekretärin ist und Mutter einer vierjährigen Tochter, nennt die Bundeskanzlerin im Bezug auf junge Mütter „völlig unkompliziert“.

Vielleicht gibt diese Entwicklung Anlass zur Hoffnung, dass sich mit mehr jungen Frauen im politischen Betrieb auch die Wahrnehmung von Müttern im gesamten Land ändern wird und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. von Kindern und Karriere in Zukunft leichter gelingt. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder ist die erste Ministerin, die während ihrer Amtszeit ein Kind bekommen hat. Das allein zeigt, dass Mutterschaft die politische Karriere nicht unbedingt gefährdet – solange die Rückendeckung von oben, in dem Fall von der Kanzlerin, gewährleistet ist. Die bereits erwähnte Interviewpartnerin, die als junge Mutter von Merkel zur Staatssekretärin berufen wurde, bestätigt, dass der Kanzlerin an der Förderung junger Frauen und Mütter besonders gelegen ist.

Obwohl damit eine wichtige Voraussetzung erfüllt ist, gilt es weiterhin zu überdenken, wie der Politikbetrieb an sich kinder- und familienfreundlicher gestaltet werden kann. Das derzeitige Arbeitsethos, geprägt von 16-Stunden-Tagen und 7-Tage-Wochen, erschwert es Müttern und Vätern gleichermaßen, ihren familiären Aufgaben nachzugehen. Die Allgegenwärtigkeit der politischen Verpflichtung ist eine große Belastung für die Familie. Dass Veränderungen hier möglich sind, zeigen Beispiele aus anderen Ländern. So sind Termine nach 17 Uhr in skandinavischen Parlamenten untersagt; zudem haben diese Länder auch für Abgeordnete Regelungen eingeführt, die es ermöglichen, nach der Geburt eines Kindes dem Politikbetrieb für eine gewisse Zeit fernzubleiben, ein Zugeständnis, das deutschen Abgeordneten über den gesetzlichen Mutterschutz hinaus nicht zusteht.

Während die Wirtschaft darüber diskutiert, wie sie dem Fachkräftemangel entgegenwirken kann und dabei jungen Eltern durch Flexibilisierung entgegenzukommen versucht, haben diese Bemühungen in der Politik bisher nicht stattgefunden. Dies gilt nicht nur für den Deutschen Bundestag – auch Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitiker sind dem Druck der ständigen Verfügbarkeit und langer, häufig bis spät in die Nacht reichenden Sitzungen ausgesetzt. Angesichts der Schwierigkeiten, denen sich die Parteien bei der Gewinnung von Nachwuchskräften ausgesetzt sehen, wäre es sicherlich angebracht, die vorhandenen Strukturen und Ansprüche zu überdenken. Eine Elternzeit für Parlamentarierinnen zu prüfen, wäre ein erster Schritt in Richtung Familienfreundlichkeit. Dass dies eher eine Frage des „Wollens“ als ein Ding der Unmöglichkeit ist, zeigt der Blick in andere Staaten. Solange hier kein Mentalitätswandel erkennbar ist, werden viele Menschen von der politischen Betätigung tendenziell abgehalten. Mit Blick auf die so oft konstatierte „Politikverdrossenheit“ und „Krise der Parteien“ stellt sich aus unserer Sicht die Frage, ob es sich ein moderner Staat leisten kann, auf all jene politisch Engagierte zu verzichten, die nicht gewillt sind, die in dieser Studie beschriebene Spannung von Familie und Politik auszuhalten.

Literatur

- Bambey, Andrea / Gumbinger, Hans-Walter: Neue Väter – andere Kinder? Das Vaterbild im Umbruch – Zwischen gesellschaftlichen Erwartungen und realer Umsetzung, in: *Forschung in Frankfurt* 4/2006, S. 26-31.
- Claas, Babette: *Gleichberechtigung in den Parteien?*, München 2000.
- Crompton, Rosemary: *The Decline of the Male Breadwinner: Explanations and Interpretations*, in: *Restructuring Gender Relations and Employment*, hrsg. von Rosemary Crompton, Oxford / New York 1999, S. 1-26.
- Fülles, Mechthild: *Die Frau in der Politik. Frauen in Partei und Parlament*, Köln 1969.
- Geißel, Brigitte: *Innovative Potenziale von Politikerinnen – Mehrfachorientierung auf Politik, Beruf und Privatleben*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn 2000.
- Harvard Business Manager (Hrsg.): *Karriereknick durch Baby-Pause*, Hamburg 2010.
- Helgesen, Sally: *Frauen führen anders. Vorteile eines neuen Führungsstils*, New York 1990.
- Herzog, Dietrich: *Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung*, Darmstadt 1982.
- Hoecker, Beate: *Politische Partizipation von Frauen – Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik*, Opladen 1995.
- Hoecker, Beate: *Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie*, Opladen 1987.
- Kahlweit, Cathrin: *Damenwahl. Politikerinnen in Deutschland*, München 1994.
- Kürschner, Isabelle: *Wahlfreiheit – Ein realistisches Ziel der Familienpolitik?*, in: *Politische Studien* März / April 2010, S. 48-54.
- Institut für Demoskopie Allensbach: *Vorwerk Familienstudie 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland*, Wuppertal 2007.
- Leuscher, Vincenz: *Politische Freundschaften. Informelle, persönliche Beziehungen politischer Führungsgruppen zwischen privater und öffentlicher Sphäre*, ÖGWP 3-Länder-Tagung, 30.11.-2.12.2006.
- McKay, Joanna: *Having it All? Women MPs and Motherhood in Germany and the UK*, in: *Parliamentary Affairs* 2011, S. 13-36.
- Meyer, Birgit: *Die Frauen im Männerbund – Politikerinnen von der Nachkriegszeit bis heute*, in: *femina politica* 1/1998.
- Reichart-Dreyer, Ingrid: *Von der Basis an die Spitze. Frauenaufstieg in den Parteien der BRD*, in: *Willkommen im Club? Männer und Frauen in Eliten*, hrsg. von Regina Maria Dackweiler, Münster 2007, S. 170 ff.
- Schaeffer-Hegel, Barbara: *Frauen mit Macht – Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen*, Pfaffenweiler 1995.
- Schneider, Werner u. a.: *Jenseits des männlichen Ernährermodells? Geldarrangements im Beziehungsalltag von Doppelverdienerpaaren*, in: *Unterhalt und Existenzsicherung. Recht und Wirklichkeit in Deutschland*, hrsg. von Sabine Berghahn, Baden-Baden 2007, S. 213 ff.
- Wanger, Susanne: *Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit. Viele Frauen würden gerne länger arbeiten*, in: *IAB-Kurzbericht* 9/2011, <http://doku.iab.de/kurzber/2011/kb0911.pdf>.
- Vinken, Barbara: *Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos*, München 2001.
- Ziefle, Andrea: *Familienpolitik als Determinante weiblicher Lebensverläufe*, Wiesbaden 2009.

Zeitungsartikel

- CSU Bezirkschef Michael Glos gibt Amt auf, in: Main Post, 26.1.2011.
- Das Leid der Politikerfrauen, in: Focus, 31.5.2009.
- Die Mutter der Nation, in: Süddeutsche Zeitung Magazin 4/2006.
- FDP-Frau zeigt Bauch, in: Focus 3.3.2005.
- Frühe Fremdbetreuung ist für Kinder schädlich, in: Welt online, 26.12.2007.
- Glaubenskrieg ums Kind, in: Spiegel online, 25.2.2008.
- Heimliche Muttis, in: Die Zeit, 28.9.2006.
- Jung. Mächtig. Schwanger, in: Die Zeit, 3.3.2011.
- Kreißsaal Kanzleramt, in: Financial Times Deutschland, 23.6.2008.
- Mit Baby im Bundestag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.4.2011.
- Politikerinnen im Baby Loop, in: Stern, 20.8.2010.
- Wie junge Politikerinnen alles unter einen Hut kriegen, in: Die Welt, 17.2.2007.
- Wie das Weihnachtsfest des Lebens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.2010.

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu die Auflistung der Zeitungsartikel im Literaturverzeichnis.
- 2 Siehe u. a. Institut für Demoskopie Allensbach (2007), Vorwerk Familienstudie 2007, IAB Kurzbericht 9/2011: Ungenutzte Potentiale in der Teilzeit. Viele Frauen würden gerne länger arbeiten.
- 3 Siehe u. a. Heimliche Muttis, in: Die Zeit, 28.9.2006.
- 4 Vgl. Mit Baby im Bundestag, Abgeordnete Skudelný im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), 18.4.2011.
- 5 Siehe dazu ein Video auf <http://www.youtube.com/watch?v=IAIkCVOhtZs>.
- 6 Siehe dazu die Auflistung der Zeitungsartikel im Literaturverzeichnis.
- 7 Harvard Business Manager (2010): Karriereknick durch Baby-Pause. In ihrer repräsentativen Befragung „Off-Ramps and On-Ramps Germany“ erforschten Sylvia Ann Hewlett und Laura Sherbin die Auswirkungen einer Karrierepause bei 1.000 Akademikerinnen und Akademikern.
- 8 Bertelsmann Stiftung (2008): Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich.
- 9 Die von Beate Hoecker formulierten Thesen zur Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik dienten lange Zeit als Ausgangspunkt der Frauenforschung und haben sich zur Kategorisierung der Gründe für das Präsenzdefizit bis in die heutige Forschung bewährt, vgl. Hoecker, Beate: Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie, Opladen 1987, S. 20 ff.
- 10 Helgesen untersuchte in den USA den Arbeitsstil von Frauen in Führungspositionen und verglich ihn mit einschlägigen Studien männlicher Untersuchungsgruppen.
- 11 Vgl. Hoecker, Beate: Politische Partizipation von Frauen – Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik, Opladen 1995, S. 104.

- 12 Vgl. Pfisterer, Angelika: First Lady – Ladys First: So machen Frauen erfolgreich Politik, Nürnberg 2006, S. 59.
- 13 Ebd.
- 14 Die Auswahl soll nicht bedeuten, dass die Fürsorge von Kindern alleine der Mutter obliegt oder dass Väter im Bundestag keinen Zwängen und Vereinbarkeitsproblemen unterliegen. In einer Folgestudie könnten beispielsweise auch Männer befragt werden.
- 15 Siehe dazu die Auflistung der Zeitungsartikel im Literaturverzeichnis.
- 16 Hierbei handelt es sich in erster Linie um die Internetseiten der Abgeordneten.
- 17 Die neun Abgeordneten, die jünger als 30 Jahre sind, haben keine Kinder.
- 18 Nach § 14 des Abgeordnetengesetzes besteht an Sitzungstagen Präsenzpflicht.
- 19 Wie junge Politikerinnen alles unter einen Hut kriegen, in: Die Welt, 17.2.2007.
- 20 Jung. Mächtig. Schwanger, in: Die Zeit, 3.3.2011.
- 21 Die Mutter der Nation, in: Süddeutsche Zeitung Magazin 4/2006.
- 22 FDP-Frau zeigt Bauch, in: Focus, 3.3.2005.
- 23 Wie das Weihnachtsfest des Lebens, Andrea Nahles im Gespräch mit der FAZ, 19.10.2010.
- 24 Politikerinnen im Baby-Loop, in: Stern, 20.8.2010.
- 25 CSU Bezirkschef Michael Glos gibt sein Amt auf, in: Main Post, 26.1.2011.
- 26 Heimliche Muttis, in: Die Zeit, 28.9.2006.
- 27 Das Leid der Politikerfrauen, in: Focus, 31.5.2009.
- 28 Ebd.
- 29 Claudia Kossendey im Interview mit Focus 23/2008.
- 30 Politikerinnen im Baby-Loop, in: Stern, 20.8.2010.
- 31 Kreißaal Kanzleramt, in: Financial Times Deutschland, 23.6.2008.

Verantwortlich

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Autoren

Dr. Isabelle Kürschner

Referentin für Arbeit und Soziales, Familien-, Frauen-, Seniorenpolitik,
Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München (bis August 2011)

Jasmin Siri

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrbereich Prof. Dr. Armin Nassehi
am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität, München

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland – Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands

- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht: anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien

- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik. Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?
- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 – Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess – Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens – Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse

- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei – Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten